



Einwohnerrat Pratteln

Votenprotokoll Nr. 530

Einwohnerratssitzung vom Montag, 24. März 2025, 19.00 Uhr

Anwesend	35/36 7	Personen des Einwohnerrates Personen des Gemeinderates
Abwesend entschuldigt	Einwohnerrat: Séline Gutknecht, Sebastian Enders, Delia Moldovanyi, Timon Sommerhalder, Sylvie Anderrüti (ab 19.15 Uhr anwesend)	
	Gemeinderat: -	
Vorsitz	Andreas Seiler	
Protokoll	Nurhan Tasdelen	
Weibeldienst	entschuldigt	

Bereinigtes Geschäftsverzeichnis

1.	Ersatzwahl für das Wahlbüro für den Rest der Amtsperiode bis 30. Juni 2028: Charles Henry Wolf, SVP, anstelle von Sebastian Enders	3478
2.	Ersatzwahl für die Sozialhilfebehörde für den Rest der Amtsperiode bis 31. Dezember 2028: Andreas Lerch, FDP, anstelle von Oliver Gloor	3480
3.	Sondervorlage Planungskredit CHF 3.2 Mio. für die Infrastrukturen «Mobilitätsdrehscheibe Bahnhof Pratteln» - Bericht der BPK	3472
4.	Revision Grundwasserschutzzonen Löli/Remeli, 1. Lesung - Bericht der BPK	3465
5.	Nachtragskredit CHF 260'000 für die Elektrosanierung Schulhaus Grossmatt	3477
6.	Reglement über die frühe Sprachförderung, 2. Lesung	3474
7.	Fragestunde	530
8.	Beantwortung Postulat, SP, Rahel Graf Bianchi, Velopumpstation für Pratteln	3402

- | | | |
|-----|---|------|
| 9. | Motion, Fraktion Die Mitte-EVP, Dominique Häring, Eingeschränktes Abfeuern von Böllern, Feuerwerk und Knallkörpern durch Privatpersonen - Feuerwerksverbot für Privatpersonen | 3475 |
| 10. | Postulat, Fraktion der Unabhängigen und Grünen, Bernhard Zwahlen, «Buslinien in und für Pratteln, Bedarfsabklärung» | 3476 |

Begrüssung

Andreas Seiler: Ich begrüsse euch zur 530. Sitzung des Einwohnerrats Pratteln. Wir kommen zum Appell.

Präsenz

Es sind zurzeit 35 Personen des Einwohnerrates anwesend. Das einfache Mehr beträgt 18, das $\frac{2}{3}$ Mehr 24 und das $\frac{3}{4}$ Mehr beträgt 27 Stimmen.

Mitteilungen des Einwohnerratspräsidenten

- Keine Mitteilungen.

Mitteilungen des Gemeinderates

- Keine Mitteilungen.

Neue parlamentarische Vorstösse

- Interpellation, Fraktion Die Mitte-EVP, Silvio Fareri, Labels der Gemeinde: Kosten-Nutzen?
- Postulat, Fraktion Die Mitte-EVP, Silvio Fareri, Prüfung weiterer Kooperationen mit umliegenden Gemeinden
- Postulat, Fraktion Die Mitte-EVP, Silvio Fareri, Prüfung digitale Personaldaten der Gemeindeangestellten
- Postulat, SVP, Urs Schneider, Kraftwerkbrücke
- Interpellation, U/G, Patrick Weisskopf, Zweistöckiges Gebäude

Bereinigung des Geschäftsverzeichnisses

-

Beschlüsse

1. Nr. 3478

Ersatzwahl für das Wahlbüro für den Rest der Amtsperiode bis 30. Juni 2028: Charles Henry Wolf, SVP, anstelle von Sebastian Enders

Es gibt keine weiteren Vorschläge

://: In stiller Wahl wird Charles Henry Wolf, SVP, gewählt.

Es geht darum, dass wir das neue Quartier mit den übrigen Quartieren, auf den verschiedenen Verkehrsträgern auch verbinden, die sind da eingezeichnet. Es geht vor allem auch um den Langsamverkehr. Es sind gar nicht so viele Strassenprojekte für den Individualverkehr, sondern es sind mehr Langsamverkehrsmassnahmen beziehungsweise ÖV-Massnahmen. Das grosse Projekt kostet ca. CHF 40 Millionen. Das hören wir nachher sicher auch noch von eurer Seite, dass wir hier eine saubere Planung generieren können, damit wir eben nachher vor das Volk gehen können. Dann können wir auch ganz genau sagen, dort geht die Unterführung rein, dort geht sie raus, so viele Veloparkplätze wird es geben, so viele Veloparkplätze werden verschoben im Süden usw. All die Detailfragen, die man heute nicht beantworten kann, sollen mit dieser Planung beantwortet werden. Auf dem rechten Bild wäre dann die Realisierung von dieser Geschichte, aber das kann erst dann erfolgen, nachdem das Volk ja gesagt hat zum Bruttokredit. Was beinhaltet der Bruttokredit bzw. wer zahlt was? Das sehen sie auf dieser Folie.

Mobilitätsdrehscheibe Bahnhof Pratteln Gesamtkosten und Planungskredit

Gesamtkosten (inkl. Planung)
ca. 40 Mio. inkl. MWST (+/- 25%)

Finanzierer	Anteile
Bund & Kanton	ca. 10.4 Mio.
Private	ca. 20.0 Mio.
Gemeinde	ca. 9.6 Mio.

Planungskosten Gemeinde 3.2 Mio Fr.

- Gemeinde plant die Projekte im Bahnbereich (Anschluss Personenunterführung und Velounterführung)
- Vorfinanzierung der Planung durch Gemeinde, inkl. Vorprojekt, Bauprojekt, Bewilligungsverfahren, Kreditvorlage für Volksabstimmung
- Anrechnung an Gesamtkosten gemäss Kostenteiler



24. März 2025, Planungskredit Mobilitätsdrehscheibe Bahnhof Pratteln

Der Bund zahlt rund CHF 10 Millionen. Die privaten Investoren zahlen rund CHF 20 Millionen und die Gemeinde CHF 9,6 Millionen, inklusive dieser CHF 3,2 Millionen, welche ihnen heute vorliegen zur Genehmigung.

Simon Käch: Die Bau- und Planungskommission hat das Geschäft an drei Sitzungen behandelt. Dabei sind uns Gemeinderat Philipp Schoch und Dirk Lohaus von der Bauverwaltung für Fragen zur Verfügung gestanden.

Sie haben uns die Fragen zur vollsten Zufriedenheit beantwortet und darum auch da an dieser Stelle noch einen Dank für die gute Zusammenarbeit. Vorliegend geht es um einen Planungskredit für den neuen Ausbau der Infrastrukturen rund um den Bahnhof Pratteln. Mit dem «ja» zum Räumlichen Entwicklungskonzept (REK) und zur QP-Zentrale hat der Einwohnerrat und mit dem «ja» zu Bredella West hat auch die Bevölkerung klar ja gesagt zur Entwicklung Pratteln Mitte und zu Verbesserungen rund um den Bahnhof. Der Ausbau vom Bahnhof Pratteln, die Errichtung von dieser Mobilitätsdrehscheibe, ist immer integraler Bestandteil gewesen von der Quartierplanung Bredella-West und soll auch dementsprechend jetzt umgesetzt bzw. vorangetrieben werden. Der Ausbau ist wichtig, weil der Bahnhof Pratteln mit der Zentrumsentwicklung, aber auch mit dem Ausbau des Bahnangebots, Stichwort «Viertelstundentakt Liestal Basel», weiter an Bedeutung gewinnen wird. Ich halte es jetzt ein bisschen wie mein Vorredner. Ich werde nicht auf alle Details eingehen, die wir noch besprochen haben in der Bau- und Planungskommission. Ich werde einzelne Punkte herauspicken. Intensiv diskutiert wurde der Anteil der Gemeinde, was die Gemeinde an diesen Gesamtkosten leisten muss. GR Philipp Schoch hat vorher gezeigt, dass die Planung und Realisierung von diesem Infrastrukturprojekt rund CHF 40 Millionen kosten, davon CHF 3 Mio. in Pratteln in etwa 1/4, also sagen wir CHF 10 Mio. Heute befinden wir über den Kredit von CHF 3.2 Mio. und wichtig ist dabei nochmals festzuhalten, und

das ist eben auch für die Bau- und Planungskommission wichtig gewesen, dass die CHF 3.2 Mio. schon Teil vom Anteil ist, die die Gemeinde leisten muss sind, also die kommen dann später, wenn es um die Realisierung geht, nicht noch einmal dazu.

Ein weiterer Punkt ist die Erweiterung des Projektperimeters: Wäre es möglich, die Sanierung der gesamten bestehenden Personenunterführung sofort in Anspruch zu nehmen und auch die Unterführung Salinenstrasse in diesem Zusammenhang ebenfalls? Es gibt noch diverse Unbekannte gerade im Zusammenhang mit dem Ausbau vom Bahn Knoten Basel und darum ist es noch schwierig, das jetzt gerade sofort in Angriff zu nehmen. Man konzentriert sich jetzt da besser auf realisierbare Teilprojekte, die man sicher umsetzen kann, wo auch eine Finanzierung vorhanden ist. Das andere hätte einfach viele Risiken und würde je nachdem noch zu Verzögerungen führen. Wichtig für die Bau- und Planungskommission war die Zusammenarbeit mit der SBB. Wir alle wissen, gerade im Zusammenhang mit der Fröschi-Unterführung, dass es mit der SBB schwierig sein kann. Uns wurde von der Gemeinde versichert, dass man mit dieser Koordinationsgruppe jetzt einen guten Austausch hat mit der SBB und man da wirklich gemeinsam die Projekte vorantreiben kann. Weiter diskutiert worden ist auch noch die zusätzliche Velountertführung, ob man die nicht noch verbreitern könnte, so dass es auch eine Personenunterführung ist oder allenfalls auch mit Zugängen zu den Perrons. Das ist nicht nötig, weil man ja die bestehende Personenunterführung hat und eine solche Erweiterung doch deutlich teurer kommen wird und darum das PreisLeistungsverhältnis nicht stimmt. Alles in allem möchte ich festhalten: Die Vorlage war in der BPK unbestritten und darum beantragen wir einstimmig dem Beschluss des Gemeinderats zuzustimmen.

Andreas Seiler: Da das Geschäft direkt vom Büro an die Bau- und Planungskommission überwiesen wurde, hat der Einwohnerrat noch nicht über das Eintreten beschlossen. Das Büro beantragt das Eintreten und Direktberatung. Ist jemand gegen Eintreten und Direktberatung?

Patrick Weisskopf: Ich muss mich an dieser Stelle zu Wort melden und zwar zum Abklären, ob es nicht einen Interessenskonflikt gibt. Ich war gestern auf der Homepage der Gemeinde Pratteln, habe die Interessenssachen angeschaut und festgestellt, dass wir in der Rolle vom Präsidenten der Bau- und Planungskommission eventuell Interessenkonflikte haben und darum will ich ihn fragen: Ist es richtig, Simon Käch, dass du beim Kanton angestellt bist? Es steht nicht auf der Homepage und du bist dort Regionalplaner. Kannst du mir bestätigen, dass du in deiner Rolle als Regionalplaner, keinen Bezug hast zu dem, was in Pratteln geht und dass du auch in keinem Interessenskonflikt zu deinem Vorgesetzten stehst bei diesem Geschäft?

Simon Käch: Ich kann bestätigen, dass ich beim Amt für Raumplanung in Baselland angestellt und als Regionalplaner tätig bin. Ich habe bei meiner täglichen Arbeit mit der Gemeinde Pratteln in dem Sinne nichts zu tun und ich sehe hier auch keinen Interessenskonflikt.

Patrick Weisskopf: Gut, dann sind meine Bedenken ausgeräumt.

Andreas Seiler: Gibt es weitere Wortmeldungen zum Eintreten? Ich sehe keine. In dem Fall sind wir auf das Geschäft eingetreten und in der Beratung.

Rebecca Moldovanyi: Wir danken dem Gemeinderat für die Ausarbeitung von dem Projekt, auch der BPK und der Verwaltung. Wir werden für «Ja» stimmen. Es ist ein gutes, ausgewogenes Projekt, welches wir inhaltlich auf jeden Fall befürworten. Die Baustelle wird eine Weile anstrengend sein, aber danach haben wir einen grossen Mehrwert für die ganze Bevölkerung. Ebenfalls sehen wir es als grosse Chance mit dieser Finanzierung von Bund, Kanton und den Privaten. Wir hätten noch eine Bitte, dass es auch weiterhin oberirdische Veloständer geben wird und nicht nur unterirdische. Nicht für alle Leute ist es gleich angenehm in die Kellerregionen hinunter zu gehen. Gerade nebenan wäre die Salina Unterführung von der wir wissen, sie ist überfällig und wird auch irgendwann in den nächsten Jahren kommen müssen. Hat man sich überlegt, ob man das verbinden kann und wenn ja, warum hat man sich dagegen entschieden?

Dominique Häring: Die Fraktion Die Mitte-EVP setzt sich für den Planungskredit ein. Es gibt in keiner Gemeinde die Möglichkeit, so wie wir davon profitieren können, dass ein Privatinvestor einen Grossteil der Kosten übernimmt und da muss es einfach ein «go» geben.

Gery Stadler: Auch wir von der Fraktion der Unabhängigen unterstützen den Kredit. Es ist sehr viel Geld, auch nachher noch die CHF 10 Millionen die dazukommen. Es ist wichtig, dass man nachher für die Abstimmung ein positives Zeichen gegenüber der Bevölkerung geben kann, weil auf dieser Abstimmung ein Betrag von CHF 40 Millionen +/-25% steht. Es könnten auch CHF 50 Millionen draufstehen. Die Bevölkerung soll wirklich merken, was Pratteln zahlen muss und was andere zahlen, damit die Abstimmung nicht «Bach ab» geht, weil dann die CHF 3.2 Millionen auch verloren sind. Des Weiteren erwarte ich, dass die Gemeinde alles macht, dass die SBB ein guter, verlässlicher Partner ist. In den letzten Jahren war es immer sehr schwierig mit der SBB und hier in diesem Projekt ist die SBB auch involviert.

Fredi Wiesner: Die Fraktion der SVP bedankt sich bei der Bau- und Planungskommission für den detaillierten Bericht und allen, die an der Vorlage gearbeitet haben. Die Stimmbevölkerung hat «ja» gesagt zu Bredella West. Jetzt ist der nächste Schritt der Planungskredit, der unbedingt nötig ist, damit die Entwicklung vom ganzen Projekt weiterlaufen kann. Darum stimmen wir diesem auch zu.

Christian von Rotz: Wir von der FDP unterstützen den Kredit ebenfalls. Es ist jetzt eigentlich schon alles gesagt. Wir können uns allen Meinungen nur anschliessen, auch der von Gery Stadler. Es ging mir auch durch den Kopf mit diesen CHF 3.2 Millionen, welche man dann allenfalls halt in den Sand setzt. Die 25% +/- sind halt einfach eine Ungewissheit, die man hat. Bei der Planung sollte angeschaut werden, dass die Velounterführung nicht missbraucht wird von Fussgängern, welche nachher dort unten durchschleichen und allenfalls gefährliche Situationen mit sich bringt.

GR Philipp Schoch: Es geht nicht nur um die Erschliessung von Bredella, es geht generell darum, dass man den Norden mit dem Süden besser verbindet. Dort ist nicht nur die Mobilitätsdrehscheibe, sondern es gibt auch noch weitere Projekte, die wir am Umsetzen sind, wie z. B. die Passerelle oder Fröschi-Unterführung. Wenn wir im Norden entwickeln wollen, dann müssen wir den Norden besser an den Süden hinbringen und für das ist die Mobilitätsdrehscheibe ein ganz wichtiges Element. Eine Frage ist noch gekommen, was mit den Velos oberirdisch passiert: Ja, ich bin ganz einverstanden, Rebecca Moldovanyi, wir brauchen oberirdische Veloparkplätze. Wir haben heute im Süden sehr viele Veloparkplätze, die sind auch nicht alle benutzt vor allem die doppelstöckigen nicht. Dort haben wir wahrscheinlich ein bisschen zu viel. Wir brauchen aber auch zusätzliche Veloabstellplätze für die neue Bevölkerung, die im Norden wohnen wird und dort wird es mit dieser Velo-Tiefgarage dann viele Plätze geben. Wir werden sicher nicht oberirdisch alles wegnehmen und im Süden schon gar nicht.

Dann zur Frage der Salinenunterführung: Diese gehört der SBB und sie planen den Bahnhof Pratteln nicht jetzt neu, sondern wahrscheinlich in etwa 15 Jahren. Das sind die Signale, die wir von ihnen gehört haben. Wir haben nicht wahnsinnig viel Spielraum, wo der Bahnhof dann sein soll. Das hat vor allem auch mit den Unterführungen zu tun, also mit der Personenunterführung, die heute bestehend ist. Die könnten sich theoretisch um ein paar Meter verschieben. Wenn wir in Richtung Westen gehen, dann ist die Salinenunterführung dann eben auch tangiert.

Urs Schneider: Ich habe zwei Fragen, die auch mit Bredella zusammenhängen: Der «Return of Investment» ist relativ hoch gegenüber diesen Investitionen, die man vorgängig tätigen muss. Jetzt haben wir aus der Zeitung erfahren, dass im Bredella Ost vielleicht sogar noch andere Ideen stattfinden. Wir reden da von einer möglichen Spitalplanung. Was heisst das jetzt schlussendlich in Bezug auf das Geld, dass wieder reinkommen sollte? Ich gehe davon aus, dass die Wertschöpfung einiges kleiner sein wird, wenn die halbe Fläche des ganzen Areals am Schluss nicht zum Wohnen und für Geschäfte zur Verfügung stehen wird. Diese Frage kann jetzt noch nicht beantwortet werden. Es hiess, man muss aufpassen, dass der Kredit auch vor dem Volk durchgeht. Werden die CHF 3,2 Millionen von uns vorgeschossen oder sind da schon Private dabei, die mitfinanzieren? Anders gefragt: Falls es abgelehnt wird, ist nur unser Geld verloren oder auch von Privaten?

Patrick Weisskopf: Meine Fragen gehen in die ähnliche Richtung. Es ist ja erst wenige Monate her, als wir die Abstimmung zu Bredella hatten. Trotzdem ist in der Zwischenzeit sehr viel

passiert. Man hat eigentlich bei der Abstimmung gesehen, dass die Bevölkerung eher dagegen ist, wie die Stimmung im Einwohnerrat. Jetzt haben wir sehr viele Steuereinnahmenquellen, die kommen sollen. In der Zwischenzeit gab es eine Veränderung der Inhaberschaft. Jetzt gehört alles der INA Invest und sie fusioniert mit der Cham Group. Das wird jetzt am 31. März 2025 bekanntgeben. Dabei stellt sich mir die Frage, ob die Cham Group bereits eine Verpflichtung abgegeben hat, um das Projekt so weiterzuführen, wie es eigentlich jetzt vorgeschlagen ist oder hat das in ihrem Portfolio vielleicht doch nicht so grosse Priorität? Das hat mich stutzig gemacht, weil nämlich in der Zwischenzeit das Spitalprojekt gekommen ist, obwohl das zwei Standorte hätten sein können. Das hängt natürlich extrem zusammen mit dem was wir bei der Abstimmung gehört haben und der Annahme, die wir hatten. Also für mich verdichten sich eigentlich meine Befürchtungen, die ich während dem Abstimmungskampf hatte. Ja, wir haben hier die neue Einwohnerschaft, wir haben den Gemeindepräsident, welcher freudig dem Spitalprojekt entgegensieht. Ich wäre froh, wenn wir von dir hören würden, ob du das in der Längi siehst, respektive Salina Raurica oder am Bahnhof. Vor kurzem haben wir ein Schulhaus abgelehnt, respektive kleine Erweiterungen mit einer Gefahrenzone. Da habe ich mich dann auch gefragt, wie sich denn das plötzlich weiterverträgt? In der Zeitung habe ich gelesen, dass die Ina Invest sich ein bisschen stört, respektive die Cham Group an der Aufteilung mit den hohen Büroflächen, weil Büroflächen unbeliebt sind und die Bewohner besser geeignet wären. Das Gebiet ist nicht so geändert und dann haben wir die vielen Fragen von der SBB. Was mich dann noch weiter stört, ist eben der Betrag. Wir sind gut CHF 800'000 unter dem Referendum für die Bevölkerung und doch hat GR Philipp Schoch gerade vorher gesagt, man muss das Ganze als Achse betrachten. Das ist nur ein Stück daraus. Wenn es als eine Achse betrachtet werden soll, dann sollte man doch das zuerst übergeordnet machen und dann die Detailplanung. Das ist auch mit hineinzunehmen. Dementsprechend zeigt es einfach wieder einmal eine «Salamitaktik». Man versucht es zurechtzuschneiden, so dass man bei der Bevölkerung durchkommt. Kann man das Geld ausgeben, kann man etwas machen und ja es steckt für mich sehr viel Prinzip und Hoffnung da drin. Ich finde es eigentlich schade, dass der Gemeinderat jetzt nicht den Mut hatte zu sagen, so jetzt nehmen wir die gesamte Planung hier an die Hand und wir schauen die ganzen Stücke an. Wir warten auf die pendente Fröschi-Unterführung, wir haben das Bredella-Areal, wir haben die nicht konforme Salinenstrasse-Unterführung, die man mit einem Kreisel bauen will. Der Kreisel wird nötig sein, weil man eine Strasse aufgehoben hat wegen Bredella. Aus dem Grund werde ich die Sache ablehnen und bitte den Einwohnerrat, es abzulehnen. Dann kann das nochmal neu betrachtet werden, weil wir nicht unter Zeitdruck sind. Der Gemeinderat soll hier einmal eine Türklappe aufmachen, gross rausschauen und dann mit dem richtigen Vorschlag kommen.

GR Philipp Schoch: Zuerst zur Frage «Vorschiessen»: Ja, wir würden den Betrag vorschies- sen, beziehungsweise dieser ist integraler Bestandteil von unserem Viertel, welches wir an der Gesamtinvestition zahlen würden. Das Risiko ist schlussendlich bei der Einwohnergemeinde, das ist richtig. «Return of invest»: Wir sind ganz weit weg von einer Spitalrealisierung am Bahnhof Pratteln. Ich kann mir nicht vorstellen, dass das Baselbieter Volk einer Ein-Standortlösung zustimmen wird. So mutig ist das Baselbieter Volk wahrscheinlich nicht, aber das wird ja nicht hier beschlossen. Wenn wir tatsächlich bei Bredella Ost ein Spital bauen würden, dann würde der einfach länger dauern. Wir haben ihnen versucht, das aufzuzeigen. Es wurde sehr kritisiert, unter anderem von ihnen hier drinnen, als wir versucht haben, das zu berechnen. Die aufgestellte Rechnung würde sich verlängern, wenn das Spital dort hinkommt. Ein Spital hätte für uns als Standortgemeinde auch Vorteile, auch wenn es sich hier jetzt nicht in der monetären Geschichte niederschlagen würde. Zur «Salamitaktik»: Das machen wir überhaupt nicht und das ist auch nicht eine Geschichte, die der Gemeinderat alleine vorantreibt. Wir haben einen Grundsatzentscheid vom Volk. In dieser ganzen Geschichte gibt es keinen Perimeter im Kanton, welcher so gut geplant ist, wie Pratteln Mitte. Wir planen nicht einfach aufs Blinde hinaus irgendwelche Unter-/Überführungen. Das ist sicher nicht so. Wir haben dieser ganzen Geschichte das Räumliche Entwicklungskonzept zugrunde gelegt. Das ist sehr breit abgestützt, und ihnen hier drinnen bestens bekannt. Verträge: Wir haben relativ viel Erfahrung, wenn die Grundeigentümer wechseln, also wenn eine neue Firma, das Eigentum übernimmt. Das haben wir schon einmal durchgemacht. Bredella hat jemand anderem gehört, jetzt gehört es der INA Invest und nachher kommt bald die Cham Group. In den bestehen Verträge, welche wir damals mit Hermann Beyerler ausgehandelt haben, stehen ja die CHF 20 Millionen drin und das bleibt weiterhin bestehen.

Sie müssen die Verträge übernehmen und können sie nicht neu verhandeln. Auch wenn die Grundeigentümerschaft ändert, haben wir diese Sicherheit auf unserer Seite.

Patrick Weisskopf: Sind wir abgesichert, falls der Quartierplan nicht realisiert und nach fünf Jahren dann aufgehoben wird, dass wir nicht auf den Kosten sitzen bleiben? Das wäre möglich, wenn die Ina Invest oder die Cham Group den Quartierplan doch nicht realisieren will. Wir hatten nämlich die gleiche Situation mit einem Baurechtsvertrag. Dieser hätte jährlich CHF 300'000 reinspielen sollen, hat es leider aber nicht, weil der Bagger nie aufgefahren ist.

GR Philipp Schoch: Sehr gute und interessante Frage. Es ist so, dass die Kosten für die Infrastruktur mit der ersten Etappe, also mit Bredella West, fällig werden und nicht erst irgendwann im 2045, wenn dann vielleicht Bredella Ost fertig umgesetzt ist. Wir haben das vertraglich auch so abgesichert, dass wir diese Zahlung in der ersten Etappe drin haben. Wenn sie jetzt in den nächsten zwei, drei Jahren etwas anderes machen wollen, dann müsste man schauen, was mit der Realisierung von diesen ganzen Elementen ist. Im Juni werdet ihr dann die Wettbewerbsresultate sehen von Bredella West. Die sind wir mit Vollgas dran. Bredella West wird realisiert und für die erste Etappe brauchen wir auch die ganzen Verbindungen, so wie wir es jetzt heute ihnen aufgezeigt haben. Dann fliesst auch das Geld. Sobald die Baubewilligung da ist für die Bredella West, werden die Zahlungen fällig. Also edie Sicherheit haben wir.

Der Rat beschliesst mit 35 Ja-Stimmen zu 1 Nein-Stimme:

://: Die Sondervorlage Planungskredit von CHF 3'200'000 inkl. MwSt. (Preisstand 2024) für die Infrastrukturen «Mobilitätsdrehscheibe Bahnhof Pratteln» wird genehmigt.

Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.

Ablauf der Referendumsfrist: 23. April 2025

4. Nr. 3465

Revision Grundwasserschutzzonen Löli/Remeli, 1. Lesung

GR Petra Ramseier: Wir haben letztes Mal schon diskutiert über das Geschäft zur Revision der Grundwasserschutzzone Löli/Remeli. Die Grundwasserschutzzone muss revidiert werden in den nächsten Jahren, damit die Gemeinde die Lizenz für die Trinkwassergewinnung auch in Zukunft noch bekommt. Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat die Revision der Grundwasserschutzzone Löli/Remeli anzunehmen. Die BPK hat das ganze Geschäft in zwei Sitzungen diskutiert. Wir bitten euch, auf das Geschäft einzutreten.

Simon Käch: GR Petra Ramseier und Carlo Pirozzi, AL BVU, sind an unseren Sitzungen für Fragen zur Verfügung gestanden und konnten sie zu unserer vollsten Zufriedenheit beantworten. Auch hier besten Dank für die Zusammenarbeit.

Ich möchte da eigentlich jetzt nicht mehr allzu weit ins Detail gehen. Wir sehen im Bericht, was wir alles diskutiert haben. Noch wichtig zum Festhalten: Die Beantwortungen, zu den an der damaligen Einwohnerratssitzung gestellten Fragen, haben wir schriftlich zugestellt bekommen, Wir haben die Antworten im Anhang zum Bericht von der Bau- und Planungskommission hingenommen. In der Beratung hat sich auch gezeigt, dass die Gemeinde verpflichtet ist, die Grundwasserschutzzone aufgrund der eidgenössischen Gesetzgebung anzupassen. Die Vorgaben sind eindeutig, wie die Schutzzonen auszuscheiden sind und was die Gemeinde zu machen hat. Das hat sie dementsprechend auch gemacht. Das Optimum oder das Maximum wurden wirklich herausgeholt. Einerseits ist der Trinkwasserschutz gewährleistet und auf der anderen Seite können gerade die Gewerbebetriebe, welche jetzt neu in den Schutzperimeter hineinkommen, weiterhin dort bestehen bleiben. Sie können sich auch weiterentwickeln indem sie ausbauen oder Neubauten machen. Die Kommission beantragt einstimmig dem Beschluss des Gemeinderats zuzustimmen.

Andreas Seiler: Der Einwohnerrat ist an einer früheren Sitzung schon auf das Geschäft eingetreten und hat es der Bau- und Planungskommission überwiesen. Wir kommen jetzt zur allgemeinen Diskussion, bevor wir zur Lesung kommen. Gibt es Wortmeldungen?

Emil Job: Wir von den Unabhängigen Pratteln unterstützen das Geschäft. Dem Grundeigentümer wurde maximal möglich entgegengekommen. Wenn wir die Grundwasserkonzession verlängern wollen, dann müssen wir die Schutzzone anpassen. Wir sollten die Schutzzone anpassen, weil Pratteln ein ganz wichtiger Teilnehmer des regionalen Trinkwassernetzes ist.

Olivier Bally: Wir von der FDP-Fraktion sind auch für die Schutzzonenerweiterung. Es ist ein sehr komplexes Dokument gekommen. Wir danken der Bau- und Planungskommission, dass sie das durchleuchtet hat. Eigentlich ist es klar, wir müssen die Zone schützen. Die Fließgeschwindigkeit ist jetzt höher geworden. Dementsprechend müssen wir natürlich die Reaktionszeit auch verkürzen, indem man die Zone entsprechend erweitert.

Hasan Kanber: Auch wir von der SP-Fraktion sind für die Revision der Grundwasserschutzzone Löli/Remeli aus den vorher genannten Gründen. Das wichtigste Gut Trinkwasser soll langfristig gesichert werden. Herzlichen Dank an den Gemeinderat beziehungsweise an die BPK, welche die Fragen in zwei Sitzungen beantworten liess. Daher machen wir beliebt, dieser Revision zuzustimmen und dem Gemeinderat den Auftrag zu geben, das Weitere zu beschliessen.

Die erste Lesung ist abgeschlossen.

5. Nr. 3477

Nachtragskredit CHF 260'000 für die Elektrosanierung Schulhaus Grossmatt

GR Philipp Schoch: Sie fragen sich sicher, wieso ein Nachtragskredit? Gerne erläutere ich ihnen den Sachverhalt. Unsere Liegenschaften werden neu alle fünf Jahre überprüft. So sieht es das Gesetz vor, vorher waren es alle zehn Jahre. Das ist wichtig für den weiteren Verlauf. Die letzte Überprüfung war im Jahr 2019. Wir haben dann im 2020 FI Schutze im Elektroverteiler eingebaut, damit wir dort die Sicherheit erhöhen können. Im 2023 hätte die Beleuchtung etappiert ersetzt werden sollen. Das Vorhaben ist aber durch interne Budgetkürzungen auf das Jahr 2024 verschoben worden und dann in einer der Etagen umgesetzt worden. Seit dem Sommer 2024 gilt die fünfjährige Überprüfung. Im Herbst 2024 ist es zu einem Steckdosenbrand gekommen. Das Resultat dieser ganzen Geschichte ist jetzt der Nachtragskredit. Umsetzen würden wir es in den Frühlings- und Sommerferien von diesem Jahr. Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat CHF 260'000 zur dringlichen Sanierung der Elektroinstallationen im Grossmatt-Schulhaus.

Fredi Wiesner: GR Philipp Schoch Hat schon fast alles gesagt, was wichtig ist. Der grösste Teil der Installationen entspricht nicht mehr dem aktuellen Stand der Technik. Wir haben dort drin immer noch Schema 3, das heisst es hat keine Erdleiter in der Leitung drin. Weiter hat es noch die mit Baumwolle umwickelten Drähte und das ist eigentlich das grosse Problem. Sie sind marode und können eben zu Störungen führen. Was vielleicht auch zu den Störungen geführt hat, ist der Bau des neuen Gemeindegebäudes. Dabei gibt es Vibrationen und Installation, welche noch Schrauben drin haben, haben das nicht so gerne. Deshalb sollte eigentlich die Installationen saniert und gleichzeitig die Beleuchtungskörper ersetzt werden, weil das in einem zu geht. Darum bitten wir euch, diesem Kredit zuzustimmen.

Dominique Häring: Ich stimme dem Nachtragskredit zu und möchte an dieser Stelle fragen, ob das auch bei den restlichen Schulhäusern in die Planung aufgenommen wurde.

Christian von Rotz: Die Frage zur maroden Elektroinstallation ist mehr oder weniger beantwortet. Man muss es natürlich machen, es geht um die Sicherheit von Schülern und Lehrpersonen. Positiv zu bewerten ist sicher, dass man zuerst fragt, ob der Nachtragskredit bewilligt wird. Die Frage ist einfach, ob es wirklich ein Nachtragskredit ist oder ob es ein neues Geschäft ist. Per

Definition natürlich gesagt. Das muss man im Detail neu anschauen, dass man offerieren kann, dass man Anfragen machen kann. Allenfalls gibt es dann sicher Varianten, vielleicht dass wir dort das als Kostendach fixieren können. Das war ein Gedanke noch von mir. Grundsätzlich sind wir selbstverständlich auch dafür, dass man die Elektroinstallationen dort saniert. Das ist ein Muss. Die anderen Schulhäuser sollte man vielleicht auch im Detail anschauen, ob es marode Installationen gibt, so dass nichts passiert.

Simon Affolter: Vieles ist jetzt schon gesagt worden, was wir auch genau gleich sehen, also ganz klar diesem Nachtragskredit zustimmen. Grundsätzlich bin ich auch sehr froh, dass man das jetzt von zehn Jahren auf fünf Jahre verkürzt hat mit diesen Kontrollen der Gebäude, weil das eigentlich nicht passieren sollte. Jetzt war es der Steckdosenband, das nächste Mal ist dann vielleicht das ganze Schulhaus weg. Wenn man das jetzt auf die fünf Jahre verkürzt, ist das sicher schon einmal gut. Vielleicht macht es auch Sinn, einmal alle alten Gebäude zu checken weil es schon zehn Jahre her ist.

GR Philipp Schoch: Wieso ein Nachtragskredit? Die Sache ist nicht im Budget und wenn wir es nicht im Budget haben, dann liegt die Hoheit beim Einwohnerrat. Was ist mit den anderen Schulhäusern? Die älteren Schulhäuser sind das Aegelmatt und Münchacker. Beide haben einen hohen Sanierungsbedarf. Das Aegelmatt wird neu gebaut und beim Münchacker werden wir bald kommen mit einer Sanierung für das bestehende Gebäude. Dann müssen wir im Norden Schulraum schaffen, der Bestand im Münchacker reicht nicht. Im Erli hatten wir immer grosse Probleme mit der Heizung, weil sie nicht mehr so recht funktioniert hat. Dort haben wir ja umgestellt auf Fernwärme. Ich kann jetzt nicht jedes Schulhaus einzeln aufzählen, wann die Elektroüberprüfungen stattgefunden haben. Unsere Infrastruktur ist relativ alt und wir haben einen grossen Gebäudepark, den wir unterhalten müssen und dort ist nicht ganz alles up to date, da wir relativ kleine Budgets für die jährliche reguläre Sanierung haben. Trotzdem kann immer wieder etwas Unvorhergesehenes vorkommen. Das können wir nicht ganz ausschliessen, aber es hilft sicher, wenn wir die Fünfjahreskontrollen haben. Wir haben z. B. auch alte Luftschuttkeller die der Gemeinde gehören, z. B. unterhalb des Kirchgemeindehauses. Dort hat es auch noch ganz alte Elektroinstallationen. Diese müsste man auch dringend machen. Beim Alstgebäude haben wir es jetzt gerade machen können, weil wir dort auch Geld bekommen haben vom Kanton beziehungsweise vom Bund für eine allfällige Notunterkunft. Wir haben ganz viel von der Beleuchtung auch neu gemacht. Wir haben jetzt Led Beleuchtung dort drin. Die Notbeleuchtungen wurden ersetzt usw. Wir sind ständig dran, aber wir sind noch lange nicht fertig.

Urs Schneider: Der Eindruck lässt mich nicht ganz los, dass man solche Investitionen vielleicht auch hätte budgetieren sollen oder eben auch voraussehen können. Im Budgetprozess ist ein Kampf um jeden Franken, jede Abteilung streitet mit der anderen, welche Projekte im Budget bleiben dürfen und welche nicht. Es ist leider nicht der erste Nachtragskredit. Ich habe irgendwie ein bisschen ein schlechtes Gefühl, dass man halt im Budget schauen muss und dann kommt man und gibt uns im Einwohnerrat die Verantwortung ab und sagt, man müsse einen Nachtragskredit haben, sei es für das Kuspo usw. In der letzten Zeit hatten wir es ein paarmal so und ich bitte den Gemeinderat, weitsichtig zu denken und zu planen, so dass man nicht drei- bis viermal im Jahr einen Nachtragskredit bewilligen muss.

GR Philipp Schoch: Urs Schneider, du hast absolut recht, ich bin mit dir einverstanden. Ich habe das Geld nicht gekürzt und auch der Gemeinderat nicht. Das sind andere Prozesse gewesen, die dort funktioniert haben. Der Gemeinderat, aber vor allem der Einwohnerrat sagt immer, es braucht ausgeglichene Budgets. Wir fahren zu knapp mit diesen Sanierungsbudgets. Wir haben einen gewissen Prozentsatz, den wir pro Gebäude einsetzen für die Budgetierung. Es gibt so einen Automatismus, der dort drin ist und an dem Satz schraubt man halt, wenn man das Budget ausgleichen will, das ist so. Vielleicht müssen wir halt die Transparenz auch herstellen und dem Einwohnerrat auch aufzeigen, wo man gespart hat, wo man etwas herausgenommen hat im Budgetprozess, damit ihr dann auch seht, was überhaupt alles passiert ist. Du hast das Beispiel gebracht vom Kuspo. Das ist ein ganz anderer Fall. Beim Kuspo haben wir hier drinnen einen Kredit abgeholt für die Sanierung. Dann ist die Sanierung aus schlechtem Controlling heraus ein bisschen aus dem Ruder gelaufen. Das ist so. Ich habe mich hier für das entschuldigt, das ist kein gutes Beispiel wie das mit dem Kostencontrolling beziehungsweise mit

dem Projektcontrolling funktioniert. Das ist nicht gut gelaufen. Ich war vielleicht auch ein bisschen naiv gewesen. Es war eines von meinen ersten Projekten gewesen, den ich als Gemeinderat vertreten habe und ich war auch nicht über jedes Detail informiert. Man hat einfach gemacht und das ist sicher nicht gut. Das jetzt mit dem Grossmatt-Schulhaus ist ein anderer Fall. Das kann man nicht vergleichen. Ich habe hier drin nicht um Geld gebeten, das nicht gereicht hat und würde jetzt noch einmal kommen. Das ist nicht so ein Fall. Wir haben jetzt eine dringende Sanierung, die wir machen müssen. Wir hätten jetzt gerne die gute Viertelmillion von euch, weil es einfach dringend ist.

Dieter Stohler: Jetzt hat sich das fast erledigt mit der Antwort von GR Philipp Schoch. Das letzte Mal habe ich hier recht auf den Tisch gehauen, als man mit dem Nachtragskredit Kuspo gekommen ist. Damals hat man einfach noch mehr Geld ausgegeben und danach ist man gekommen mit einem Nachtragskredit. Das hat dann zu diesen Entschuldigungen geführt, wie du jetzt auch bereits gesagt hast. Wir sind froh, um etwas Positives sagen, dass wir jetzt die Verantwortung haben, hier ja oder nein zu sagen. Wenn nicht, dann werden die Leitungen und die Steckdosen nicht ersetzt und wenn ja, dann werden sie ersetzt. Eine Klammerbemerkung: Da das Geld noch nicht ausgegeben wurde, können wir jetzt darüber abstimmen. So einfach ist das.

Fredi Wiesner: Ich hätte von mir aus noch ein Anliegen und zwar zum Beschluss, die CHF 260'000 sind +/- 10%. Ich möchte im Rat beliebt machen, ein Kostendach von CHF 260'000, inklusive Mehrwertsteuer, zu beschliessen. Ich habe das angeschaut. Meiner Meinung nach müssten die CHF 260'000 reichen, um das zu machen. Die +/- 10% könnte man von mir aus weglassen und sonst muss man halt schauen, dass man gewisse Sachen einfacher machen kann. Aber der Betrag sollte eigentlich reichen. Aber das ist ein Antrag von mir und nicht von der SVP, das konnte ich nicht mehr mit ihnen absprechen, da war ich zu spät dran.

Andreas Seiler: Der Gemeinderat hält an seinem ursprünglichen Antrag fest, somit werden wir zuerst den Antrag vom Fredi Wiesner, dem Antrag des Gemeinderats gegenüberstellen und dann über den obsiegenden Antrag abstimmen. Das Wort ist jetzt frei zum Antrag von Fredi Wiesner.

Martin Stohler: Ich habe das Gefühl, dass wir das Thema Kostendach jedes Mal diskutieren. Was ich nicht verstehe, ist, warum man nicht eine Offerte einholen oder eine Anfrage machen kann und das vielleicht ein bisschen genauer und dann das nachher deckeln, in dem die 10% oder 25% schon drin sind. Dann müssten wir nicht jedes Mal darüber diskutieren. Das heisst, wenn der Gemeinderat mit CHF 280'000 Kostendach gekommen wäre, dann wäre dies ein Ansporn für alle zusammen, das Budget einzuhalten. So ist es ein bisschen wie ein Freipass. Ich habe einen Fixlohn pro Monat, der ist nicht variabel und mit dem muss ich auch zurechtkommen und muss all das Zeug zahlen. Das wäre dann auch eine Richtlinie für die Gemeinde selbst, dass man hier mal etwas gradliniger fährt und nicht so ein bisschen herumschlittelt mit mal 25%, 10% oder 15%. Das ist für mich etwas wie ein Slalom. Ich wäre für eine Abfahrt. Dann sind wir nämlich auch schneller am Ziel.

Gegenüberstellung der Anträge:

Antrag, SVP, Fredi Wiesner	Antrag GR
://: Der Nachtragskredit mit einem Kostendach von CHF 260'0000 inkl. MwSt. für die Elektrosanierung Schulhaus Grossmatt wird genehmigt.	://: Der Nachtragskredit von CHF 260'000, mit einer Kostengenauigkeit von +/-10%, für die Elektrosanierung Schulhaus Grossmatt wird genehmigt.
13 Ja	21 Ja

bei 2 Enthaltungen

Der Antrag Gemeinderat obsiegt.

Schlussabstimmung

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Der Nachtragskredit von CHF 260'000, mit einer Kostengenauigkeit von +/-10%, für die Elektrosanierung Schulhaus Grossmatt wird genehmigt.

6. Nr. 3474

Reglement über die frühe Sprachförderung, 2. Lesung

GR Rahel Graf: Das ist die zweite Lesung vom Reglement zur frühen Sprachförderung. Wir haben zum besseren Verständnis die Verordnung noch beigelegt, damit sie nachvollziehen können, wie wir das Umsetzen möchten. Es sind zusätzlich auch noch ein paar Erläuterungen angefügt worden. Ich hoffe, sämtliche Fragen sind dadurch beantwortet. Ich möchte die Gelegenheit nutzen und noch ein paar Updates zum Rücklauf der Sprachstandeserhebung beifügen. Dazu gibt es ganz erfreuliche Mitteilungen. Es ist so, dass sämtliche Baselbieter Gemeinden die Sprachstandeserhebung gemacht haben und der Rücklauf im Baselbiet betrug 92%. Ich darf mit Freude mitteilen, dass wir für einmal in Pratteln sogar noch besser gewesen sind. Der Rücklauf in Pratteln war 92.64%. Es wurden 163 Bögen versendet. Das Resultat von dieser Sprachstandeserhebung ist folgendes: 54.6% von diesen Kindern haben einen ausgewiesenen Förderbedarf, das heisst auch, und das finde ich wirklich interessant, dass tatsächlich nicht nur fremdsprachige Kinder betroffen sind. In Pratteln haben wir bekannterweise einen Ausländeranteil von 40%, trotzdem sind auch deutschsprachige Kinder betroffen. Das räumt wenigstens diese Bedenken aus. 23.9% von den Kindern, die diesen Bedarf ausweisen, sind bereits jetzt in einer Kita oder in einer Spielgruppe und werden demnach wahrscheinlich auch in Zukunft weiterhin so eine Institution besuchen. Es gibt dann auch noch Abstufungen, wie der Bedarf oder wie der Bedarfswert ist. Es geht von sehr hoch bis zu ganz gering und 16% der Kinder weisen einen sehr hohen Förderbedarf aus. Das ist nicht wahnsinnig viel, aber es ist doch ein bedeutender Anteil. Es gibt noch ein paar ausstehende Fragebögen und die versuchen wir im Moment noch einzufordern. Ich möchte noch erwähnen, dass wir auch bereits zwei Spielgruppen akkreditiert haben, dass sie das entsprechende Personal haben, die die Förderungen gewährleisten können. Wir sind daran, dass noch weitere Spielgruppen, das auch ausweisen können. Ich sage es nochmal, alle akkreditierten sind auf der Webseite vom Kanton Baselland.

Billie Grether: Wir von der Fraktion der Unabhängigen sind dafür, dass das Reglement so durchkommt, damit nichts mehr im Weg steht für eine gute erste Umsetzung.

Martin Stohler: Wir haben das letzte Mal gut diskutiert und ein paar Fragen gestellt. Danke, dass wir die Antworten bekommen haben und die gewissen Erläuterungen. Unsere Fraktion wird dem zustimmen.

Dieter Stohler: Wir bedanken uns für die Unterlagen und werden uns, wie schon letztes Mal gesagt, bei der Schlussabstimmung enthalten. Die FDP hat das nicht oder noch nicht einführen wollen und ist im Einwohnerrat unterlegen. Darum können wir jetzt diesem Reglement so nicht zustimmen, wie wenn wir immer Feuer und Flamme gewesen wären für das Projekt. Aber wir bedanken uns auch für die zusätzlichen Erläuterungen. Wir bedanken uns insbesondere auch, dass wir die Verordnung im Entwurf hier bekommen haben und die Fragen, die ich gestellt habe, sind das letzte Mal bei der ersten Lesung eigentlich zu unserer Zufriedenheit beantwortet worden oder haben sich für mich geklärt. Eine Frage ist noch neu aufgetaucht, die ich da stellen möchte, wir machen ja keine Lesung der Verordnung, darum darf ich sie hier stellen.

Ein Punkt, den ich ja hinterfragt habe, ist die Ausnahmeregelung durch den Gemeinderat, dass das nicht irgendwie willkürlich sein darf und die Ausnahmeregelungen sehe ich jetzt in der Verordnung im § 4, wo es klar definiert ist. Wann kann man eigentlich eine andere Regelung anwenden als im Reglement ist, was an und für sich natürlich speziell ist und da heisst es, und das ist matchentscheidend, eine schriftliche Bedarfsabklärung durch eine Fachperson oder

auch im § 4 Absatz 3 von der Verordnung braucht es einen Antrag von einer Fachperson. Wer zählt als Fachperson? Was für ein Diplom oder einen Ausbildungsnachweis muss diese Person haben? Kann ich auch eine Fachperson sein, wenn ich grosse Menschenkenntnisse habe, grosse Sprachkenntnisse und grosse didaktische Fähigkeiten? Es geht zwar nicht um mich aber wen erkennt ihr als eine Fachperson? Sind das objektive Kriterien oder was ist das?

Dominique Häring: Dankeschön für die Ergänzungen mit der Verordnung und Dieter Stohler hat es schon gesagt, die Verordnung wird ja nicht gelesen. Deswegen stelle ich auch da die Frage: Jetzt kommen wir mit sechs unentschuldigten Tagen. Wo ist hier der Massstab? Wieso sechs? Ich finde das übertrieben. Eigentlich kann man dann alle zwei Monate fehlen und hat für das ganze Jahr das Geld bekommen. Also das müsste man vielleicht noch definieren und vor allem verringern.

GR Rahel Graf: Ich sage jetzt einfach einmal, was ich unter einer Fachperson verstehen würde, aber es ist eigentlich ein guter Hinweis. Man könnte das vielleicht abschliessend festlegen, wer das ist. Ich würde jetzt mal sagen darunter gehören Kinderärzte/innen und Logopäden/innen. Das kann man gerne noch abklären. Bei sechs Tage wären das meiner Meinung drei Wochen. Wie gesagt, es ist die Verordnung und wir müssen das auch mal laufen lassen mal schauen, wie viele Fälle das überhaupt betreffen würde und so. In der Verordnung könnten wir ja immer noch anpassen, falls wir sehen, dass das komplett aus dem Ruder läuft.

Lesung

- § 1 Zweck und Geltungsbereich
- § 2 Begriffe
- § 3 Beitrag der Gemeinde (Sprachfördergutschein)
- § 4 Anspruchsvoraussetzungen
- § 5 Abgabe der Sprachfördergutscheine
- § 6 Auszahlung der Beiträge der Gemeinde
- § 7 Sistierung von Beiträgen
- § 8 Datenschutz
- § 9 Verfügungszuständigkeiten
- § 10 Rechtsmittel
- § 11 Vollzug
- § 12 Inkrafttreten *keine Wortmeldungen*

Der Rat beschliesst mit 29 Ja-Stimmen bei 7 Enthaltungen:

://: Das Reglement über die frühe Sprachförderung wird genehmigt.

Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.
Ablauf der Referendumsfrist: 23. April 2025

7. Nr. 530

Fragestunde

Frage 1

Mülleimer / Hundekotsäcke – Standorte verringert

Dominique Häring, Die Mitte-EVP

GR Petra Ramseier: Frage 2 und 3: Wie viele Standorte betrifft es? Wo befinden sich diese Standorte? Es sind insgesamt zwei Standorte, bei denen die Abfallkübel entfernt wurden: Gempenstrasse etwa in der Mitte bei der Nummer 35 und bei der Lidl Sammelstelle.

An den Sammelstellen überlegt sich der Werkhof auch allenfalls überall Mistkübel wegzunehmen, weil es jedes Mal bei allen ein Problem ist.

Frage 1: Aus welchen Gründen wurden diese entfernt? Der Lidl-Abfallmistkübel ist entfernt worden wegen illegaler Abfalldeponie und derjenige an der Gempenstrasse wurde versetzt an die St. Jakob-Strasse 43, also bei der Fita, wegen Geruchsbelästigung.

Frage 4: Sind alternative Entsorgungsmöglichkeiten für die Hundekotsäcke geplant? Nein, man ist der Meinung, es hat genügend andere Abfalleimer zum Entsorgen.

Frage 5: Sind alternative Standorte für den Bezug der Hundekotsäcke geplant? Dementsprechend sind auch keine weiteren Bezugsstellen für die Säcke geplant.

Frage 6: Plant die Gemeinde im Zuge einer Aufklärungskampagne den Umgang mit Müll bei der Bevölkerung zusätzlich zu schulen (IGSU Clean-Up Day im September)? Der clean up day wird dieses Jahr nicht gemacht. Das hat man auch schon gemacht in der Gemeinde, aber es ist verschiedenes anderes geplant. Jetzt aktuell läuft gerade noch der Aktionstag Zigaretten im Rahmen der internationalen Zigarettenstummelchallenge, die diese Woche noch bis morgen läuft. Raumpaten und Raumpatinnen, Werkhofmitarbeitende und die Gruppe der Arbeitsintegration sammeln Zigarettenstummel an den Hotspots. Zusätzlich gibt es dann im Mai an diesen Hotspots eine Verteilaktion von kostenlosen und portablen Taschen-Aschenbecher. Im August ist dann noch eine Littering-Aktion von der IGSU (Schweizerisches Kompetenzzentrum gegen Littering), auch mit dem Fokus Zigarettenstummel. Dieses Jahr liegt der Fokus mehrheitlich bei den Zigarettenstummeln.

Frage 2

Synergien nutzen – Zusammenarbeit Gemeindepolizei

Dominique Häring, Die Mitte-EVP

GR Stefan Löw: *Frage 1: Aus wie vielen Personen besteht diese neue Zusammensetzung?* Bei gewissen Spät- und Nachtschichten wird es grundsätzlich eine Zusammenarbeit von zwei Polizisten/innen geben. Eine Person aus Pratteln und eine aus Muttenz. Bei geplanten und grösseren Aktionen und Kontrollen können das aber bis zu neun Polizisten/innen sein, das wären dann vier aus Pratteln und fünf aus Muttenz.

Frage 2: Was passiert mit den bisher beauftragten externen Sicherheitsfirmen? Die Telefonzentrale und verschiedene Aufträge wie z. B. Nacht-Park-Kontrollen, Unterstützung bei Verkehrsdiensten während der Fasnacht und anderen Veranstaltungen, gehören weiterhin zu den Aufgaben von externen Sicherheitsdiensten. Das haben wir so in Auftrag gegeben. Hingegen fallen gemeinsame Patrouillen in Pratteln, die wir mit dem Sicherheitsdienst und der Gemeindepolizei machen, grundsätzlich weg und werden auch nicht mehr in Auftrag geben an die externen Firmen.

Frage 3: Gibt es eine Aufgabenliste, die eine Priorität der Einsätze definiert? Nein, das haben wir im Moment noch nicht. Wir fangen jetzt zuerst mit der Zusammenarbeit an und können dann evtl. daraus heraus das Potenzial erkennen, was wir machen können, die Priorisierung festlegen und das dann auch so definieren. Das lassen wir noch auf uns zukommen.

Frage 4: Was sind personalintensive Einsätze? Als personalintensive Einsätze gelten z. B. Fahrverbotskontrollen, Grosskontrollen z. B. im Bereich der Schulwegsicherheit, Elterntaxi, Halteverbote, Velolichtkontrollen und weitere Sachen, die wir da jetzt noch nicht aufführen.

Frage 5: Gibt es ein vordefiniertes Ziel z.B. Erhöhung der Busseneinnahmen, Verminderung der Ruhestörungsmeldungen usw.? Das Ziel ist, mit vermehrten Spät- und Nachtdiensten, und das vor allem bei den helleren und warmen Monaten im Jahr, eine höhere Präsenz zu haben in der Öffentlichkeit. Durch die Gemeindepolizei auf den Strassen, sollte ein höheres Sicherheitsgefühl bei der Bevölkerung entstehen. Das ist eigentlich das Ziel, welches wir erreichen wollen.

Frage 3

Parkplatzbewirtschaftung – zu wenig Platz für private Fahrzeuge

Dominique Häring, Die Mitte-EVP

GR Stefan Löw: *Frage 1: Plant die Gemeinde die Parkraumbewirtschaftung neu zu überdenken?* Nein, das ziehen wir zurzeit nicht in Betracht. Die Erhebung der Nachtparkgebühren ist

grundsätzlich eingeführt worden, um die Einwohner dazu zu motivieren, private Parkplätze zu schaffen oder zu mieten damit möglichst viele öffentliche Parkplätze zur Verfügung stehen. Der Grundgedanke enthält auch, dass private Parkplätze besser genutzt werden und möglichst wenige Fahrzeuge auf der öffentlichen Allmend parkiert werden müssen. Allerdings ist in der Gesamtschweiz eine generelle Zunahme der Fahrzeuge zu verzeichnen, was diese Bestrebungen natürlich immer erschwert. Es wird irgendwann einmal zu wenig Parkplätze geben, das ist anzunehmen. Zusätzlich werden diese Fahrzeuge auch immer breiter und grösser, was die Problematik natürlich zusätzlich noch erschwert. Im Moment haben wir aber in Pratteln noch genug Parkplätze.

Frage 2: Gibt es Pläne, für Transporter geeignete Parkzonen zu definieren (z. B. abends auf dem Lidl-Parkplatz, Hexmatt, Güterstrasse)? Es gibt keinen derartigen Plan. Gerade in den Quartieren, in denen am meisten Parkplatznot besteht, eben in der Längi und Rankacker, gibt es auch keine derartigen Plätze und Möglichkeiten, für Lieferwagen einen Raum bereitzustellen. Die Gemeinde kann natürlich auch nicht über private Parkplätze verfügen.

Frage 3: Gibt es Zahlen über die Anzahl Transporter mit Parkkarte? Im Moment haben wir etwa 700 aktive Bewilligungen und regelmässig etwa 200, die zeitweise bezogene Parkkarten haben. Von all diesen Bewilligungen haben wir 65 Lieferwagen und sechs Fahrzeuge in dem Zusammenhang sind von der Firma Kleinrad, das ist ein Behinderten-Organisationstransporter.

Frage 4: Wie oft werden Firmenfahrzeuge ausserhalb der weissen Zone gebüsst? Dazu haben wir keine separate Erhebung, das machen wir auch nicht. Alle Fahrzeuge, die ausserhalb von Parkfelder parkieren und gesichtet werden, werden natürlich verzeigt.

Die Fragen sind beantwortet.

8. Nr. 3402

Beantwortung Postulat, SP, Rahel Graf Bianchi, Velopumpstation für Pratteln

GR Petra Ramseier: Wir haben eine Möglichkeit gefunden, uns die Pumpstation mit der SBB zu teilen. Die SBB übernimmt den Unterhalt. Für uns ist das eine gangbare, günstige und sinnvolle Lösung, die wir so unterbreiten würden und hoffen, das findet Anklang im Rat.

Eva Keller-Gachnang: Ich danke auch im Namen der Postulatverfasserin für die äusserst erfreuliche Beantwortung des Postulates. Die SP-Fraktion ist für Abschreibung, sofern dem Beschluss 3.1 dann auch zugestimmt wird. An dieser Stelle möchte ich noch einen Hinweis machen, dass man dann bei diesen beiden Stationen vermerkt, wer bei einem Schadenfall kontaktiert werden muss, ob das die SBB ist oder dann die Gemeindeverwaltung.

Silvio Fareri: Auch Die Mitte-EVP-Fraktion steht der Abschreibung des Postulates grundsätzlich positiv gegenüber. Wir haben aber noch Fragen zum Vorgehen: 1. Warum beschliesst der Einwohnerrat und nicht der Gemeinderat die Velopumpstationen? Wir reden da über Kosten in der Höhe von ungefähr CHF 2'500? 2. Unter dem Kapitel 2.2 steht oder ist festgehalten, dass die Gemeinde die Kosten hälftig teilt mit der SBB. Am 27. Februar ist aber auf der Webseite der Gemeinde Pratteln etwas anderes kommuniziert worden. Zumindest habe ich es so in Erinnerung, dass dort von einer vollständigen Kostentragung durch die SBB die Rede gewesen ist. Die Mitteilung ist aber in der Zwischenzeit gelöscht worden.

GR Petra Ramseier: Das war ein Irrtum, der Post wurde wieder gelöscht. Ich habe den auch noch ganz kurz gesehen und habe es auch nicht ganz verstanden. Ich glaube nicht, dass das wirklich geplant gewesen war. Zur zweiten Frage: Wir wollten dem Einwohnerrat nochmals aufzeigen, was wir machen.

Der Rat beschliesst mit 33 Ja-Stimmen zu 1 Nein-Stimme bei 2 Enthaltungen:

://: Die Gemeinde lässt zwei Veloreparaturstationen (Velopumpe und Reparaturwerkzeug) bei den Bahnhöfen durch die SBB montieren.

://: Das Postulat wird einstimmig als erfüllt abgeschrieben.

9. Nr. 3475

Motion Postulat, Fraktion Die Mitte-EVP, Dominique Häring, Eingeschränktes Abfeuern von Böllern, Feuerwerk und Knallkörpern durch Privatpersonen - Feuerwerksverbot für Privatpersonen

Dominique Häring: Vor sieben Wochen bin ich schon einmal hier gestanden, da ging es um die Dringlichkeit. Mittlerweile ist viel passiert. Letzte Woche hat die BZ über die Nachbargemeinden berichtet, wie man dort mit Feuerwerksverbot umgeht. Wir haben einen Ball ins Rollen gebracht und ich freue mich über die Aktivitäten. Wenn Bern das anfasst, braucht es ewig, weil der Bundesrat sich auf eine nicht existierende Tradition beruft und es entsprechend ablehnt. Wir im Baselbiet können jetzt einfach ein Zeichen setzen. Warum ein Verbot für Privatpersonen? Also ich fordere ja nicht ein komplettes Verbot, sondern nur für Privatpersonen. Es gilt ein ganzjähriges Feuerwerksverbot in Wohngebieten. Es darf bereits heute nicht im Wohngebiet abgeschossen werden und was passiert? Laufend ein Geknalle und Feuerwerk, das dann einfach entsprechend im Wohngebiet passiert. Das geltende Recht schränkt die Nutzung sehr vage ein. Patrouillen, die gemacht werden, können das gar nicht regeln, weil sie kein Zeitmass haben. Sie wissen nicht ab wann man darf oder ab wann man nicht mehr darf.

Gemäss Polizeireglement ist es den Privatpersonen sowieso nur am Nationalfeiertag, nämlich am 31. Juli und am 1. August erlaubt, also an zwei Tagen. Auch das ist nicht wirklich klar wann. Und Silvester heisst Silvesternacht. Ab wann beginnt die Nacht? Wenn es dunkel wird? Wenn es 20.00 Uhr ist? Auch das ist eine Auslegeordnung. Der Umgang mit Feuerwerk wird jedes Jahr weniger sicher. Bereits minderjährige Kinder werden von den Eltern dazu verleitet, das einmal auszuprobieren und abzufeuern. Hier gilt bei jeder Kategorie frühestens mit zwölf Jahren darf man das anfassen.

Der Verkauf von Feuerwerken wird bereits, gemäss Importeur, erst ab 18 Jahren erlaubt. Auch hier gehen halt die Eltern einkaufen und es spielt dann auch keine Rolle, ob die Kategorie eins oder drei, weil da ist das Alter geregelt. Die Kategorien selber regeln die Handhabung und das ist vielen Leuten gar nicht bekannt. Es wird auch beim Verkauf nicht ermahnt, entsprechende Aufklärungskampagnen fehlen und die von der Polizei Baselland, welche man extra für Pratteln gemacht hat, haben auch keine Abhilfe geschaffen. Es braucht bis spätestens im Dezember ein rechtsgültiges Reglement, damit künftig das Feiern stressfrei für Mensch und Tier ist und im gesunden Mass der Umwelt zuliebe stattfinden kann. Der Ordnungsbussen-Katalog ist im Moment noch zu wenig abschreckend. Damit verfehlen wir auch manchmal das Budget, weil die Aufwände, die wir für die Entsorgung des Litterings haben, für Bussen, die man eigentlich ausstellen müsste für das Ausrücken, die werden nicht gedeckt. Mit der Revision kann Pratteln eine Vorzeige-Gemeinde sein und ein Konzept ausarbeiten, wie man gemeinsam solche Feiern begehen kann unter gewissen Sicherheitsaspekten und auch schadenfrei ein Abfeuern zu organisieren, zugunsten der Um- und Tierwelt. Es können sich Vereine einbringen und das aktive zusammen feiern zusätzlich fördern, was im Sinne der SVP den Zusammenhalt untereinander zu fördern, sicher entgegenkommt. Ich habe ja mittlerweile eine Umfrage laufen und ich bin überwältigt, wie schnell die Antworten kommen. So wünschen sich von den Unterstützenden beim Abfeuern nicht vor 22.00 Uhr, das sind 43%. 52% sagen längstens bis um 00.30 Uhr und als geeigneter Ort sehen viele die Sandgruben, das sind 61%. Alle sind der Meinung, es soll Aufgabe der Gemeinde sein, so etwas zu organisieren. Das sind sage und schreibe 86%, die das unterstützen würden. Für eine Aufklärungskampagne sind viele bereit, Freizeit zu opfern, also Freiwilligenarbeit zu leisten, in den Quartieren und in den Schulen entsprechende Aufklärung zu betreiben oder eben Patrouillen zu laufen an diesen besagten Orten, wo man dann eben nicht abschiessen darf als Privatperson. Das heisst, man kennt jemanden im Quartier, die sind unterwegs, sprechen jemanden an und im Extremfall können sie auch die Gemeindepolizei hinzurufen, dass dann auch eine Busse ausgesprochen wird. Mit dem schonen wir auch das entsprechende Budget. Das wird sicher auch die SP-Mitglieder motivieren, ihr soziales Engagement auch dort mit ins Boot zu legen.

Um auch künftige Verfehlungen und eine Abschreckung zu zeigen, müsste man eben die Bussen anheben. Nur so können wir die Zusatzkosten decken, die wegen der Entsorgung von

liegengelassenem Abfall oder Fremd Littering oder sogar Schäden entstehen. Sachschäden kann man decken und ich denke, das ist auch im Sinne der FDP, dass wir den Finanzhaushalt der Gemeinde ein bisschen schonen können. An dieser Stelle möchte ich schon sagen, je nach Diskussionsverlauf wäre ich bereit, die Motion in ein Postulat umzuwandeln und entsprechend mitarbeiten. Das wäre dann die Forderung dahinter, dass aus der Unterstützungsgruppe auch Leute bei der Ausarbeitung dabei sind.

GR Stefan Löw: Der Gemeinderat hat Verständnis für das Anliegen. Die mediale Präsenz ist sehr hoch in diesem Zusammenhang und da ist wirklich eine gewisse Dringlichkeit. Es ist nicht so, dass sich der Gemeinderat noch gar nie damit befasst hat. Wir haben uns im Vorfeld auch schon Gedanken darüber gemacht und auch ein bisschen verfolgt, was in den umliegenden Gemeinden alles gemacht wird. Grundsätzlich zu den Bussen: Wenn man eine Busse aussprechen will, muss natürlich die Person, die man büssen will, wirklich genau dann erwischt werden, wenn sie diesen Feuerwerkskörper anzündet. Wenn sie ihn nur in den Händen hält, also mitführt, dann kann man überhaupt nichts machen. Wenn es mehrere sind, verumumt und in der Dunkelheit um 22.00 Uhr, kann man sich ja vorstellen, wie schwierig das wird, etwas zu machen. Bei Littering ist es eigentlich genau das Gleiche. Wir können erst dann eine Busse aussprechen, wenn sie sich vom liegengelassenen Abfall entfernen. Dann muss es noch genau dem Verursacher zuordnet werden, denn sonst geht das nicht. Dann können sie Einsprachen erheben und die Bussen können wir nicht aussprechen. Es ist ausserordentlich schwierig da überhaupt etwas zu vollziehen. Der Kontrollaufwand ist entsprechend hoch und auch schwierig zu bewerkstelligen. Es ist auch nicht durchsetzbar, an Silvester nicht vor 21.00 Uhr Feuerwerke ablassen zu können. Das geht gar nicht, abgesehen davon ist es um 17.00 Uhr schon stockdunkel. Das Gleiche gilt dann auch für den Sommer: Bis um 22.00 Uhr zu warten bis der erste etwas ablässt, das ist unmöglich, dass wir das durchsetzen können. Zudem haben wir schon einiges, das auch so geregelt und verboten ist. Wenn wir den Bussenkatalog erhöhen, müssen wir auch davon ausgehen, dass es dann auch mehr Einsprachen geben wird. Ein Teil könnte das dann auch gar nicht mehr zahlen. Wir rechnen dort also nicht unbedingt mit einer Verbesserung oder einer grossen Wirkung, die wir damit erzielen könnten. Der Gemeinderat ist bereit, das Anliegen zu prüfen und dem Einwohnerrat Berichte und Anpassungen allenfalls zu unterbreiten. Wir möchten aber die Motion nicht entgegennehmen und bitten darum, die Motion in ein Postulat umzuwandeln, so dass der Gemeinderat dann mehr Spielraum bei der Ausarbeitung und der Prüfung hat.

Didier Pfrter: Grundsätzlich ist die FDP als liberale Partei tendenziell gegen Verbote. Die Situation ist aber in der Tat unbefriedigend und es gibt Leute, und vor allem auch Tiere, die gewisse Behinderungen haben und besonders darunter leiden. Insofern sind wir eigentlich mit der Stossrichtung einverstanden. Persönlich möchte Dominique Häring danken, dass sie das einmal aufgebracht hat in Pratteln. Ich glaube, es ist es wert, dass wir darüber reden. Die Motion als solche ist allerdings für unseren Geschmack zu detailliert und zu restriktiv. Ich bin nicht unbedingt einverstanden mit diesen Beispielen, die GR Stefan Löw gebracht hat. Man kann durchaus verbieten, dass man vor 21.00 oder 22.00 Uhr ein Feuerwerk zündet. Auch wenn es schon dunkel ist, sehe ich das Problem nicht. Mit einem Verkaufsverbot sind wir nicht einverstanden. Erstens stellt sich die Frage, ob die Gemeinde überhaupt zuständig ist für das. Selbst wenn, mit dieser geographischen Lage die Pratteln hat, man muss keine Zeichnung machen, wie weit die Läden in anderen Gemeinden entfernt sind. Das ist einfach ein Witz. Wir sind trotz allem immer noch gespalten in der Fraktion. Die Hälfte von uns würde ein Postulat unterstützen, wenn die Motion in ein Postulat umgewandelt würde und zwar in dem Sinn wirklich, dass dann auch etwas gemacht wird und nicht noch einmal geschaut wird, ob man könnte, sondern wirklich als Auftrag. Die andere Hälfte hat Zweifel bezüglich Wirksamkeit und Durchsetzbarkeit von so einem Verbot. Es gibt ja noch andere Gesetze, die auch nicht wirklich durchgesetzt werden und trotzdem sind gewisse Sachen verboten.

Mauro Pavan: Ich rede jetzt da sowohl als Sprecher der Fraktion wie auch ganz persönlich. Ganz persönlich rennt Dominique Häring bei mir eine offene Tür ein mit dieser Motion und ich würde mir wünschen, dass man die Motion als Motion erheblich erklären könnte, damit es für den Gemeinderat auch wirklich verbindlich ist, etwas zu machen. Das Problem dabei ist wahrscheinlich, dass es nur möglich ist, wenn man auf den abschliessenden Bussenkatalog und die Erhöhungen verzichtet. Als Motionärin kannst du auch den Wortlaut der Motion ändern und dem

Gemeinderat steht es immer noch frei, er ist ja dann verpflichtet eine Vorlage zu bringen, wie z. B. das Polizeireglement geändert wird, dass er dort dementsprechend darauf eingehen könnte. Dann würde ich, wenn du auf den Bussenkatalog verzichtest, deiner Motion zustimmen und wahrscheinlich der Grossteil von unserer Fraktion auch. Wenn du an dem festhältst, dann hat das wahrscheinlich keine Chance bei uns. Als Postulat würden wir das wahrscheinlich bedingungslos überweisen. Wir sehen auch einen Handlungsbedarf und dann ist der Gemeinderat völlig frei. Bei einem Postulat habe aber auch die Befürchtung, dass man dann zum Schluss kommt, ja die bestehenden Gesetze reichen. Eigentlich hätten wir relativ einschränkende bestehende Gesetze, die umgesetzt werden müssten und das Problem, die Leute zu erwischen, ist schwierig. Ich würde sehr darauf plädieren, dass der Gemeinderat dort mehr Gewicht darauf legt um diese Tage herum, speziell vor Silvester. Dort ärgert es mich persönlich massiv, wenn am Heiligabend Böller abgelassen werden. Dann sollte man versuchen, die Leute zu erwischen. Es braucht keine Erhöhung des Bussenkatalogs, man müsste überhaupt Bussen aussprechen können an die Leute, die dagegen verstossen. Entweder du änderst die Motion, indem du auf den Bussenkatalog verzichtest oder du wandelst sie in ein Postulat um, dann hast du auf jeden Fall unsere Unterstützung.

Patrick Weisskopf: Auch die Unabhängigen haben das Thema recht ausführlich diskutiert. Wir haben am 2. Januar bereits einen Chat gestartet und haben Varianten ausgearbeitet. Dann ist uns die Motionärin zuvorgekommen. Die Knallerei geht vielen auf den Wecker und es polarisiert halt. Einigen gefällt es, anderen gefällt es halt nicht. Auf der anderen Seite haben wir halt auch die Umweltverschmutzung, die vielen Kleinteile, die übrig bleiben und das ganze Aufräumen. Da fragt man sich, was ist jetzt das? Tradition? Die einen sagen Tradition und dann wäre es bei uns einfach der 1. August. Während meiner Kindheit war das so. Irgendwann hat man dann in Frankreich festgestellt, dass es lässiger ist am Vortag zu feiern, weil man dann am Feiertag ausschlafen kann. So hat sich das auf den 31. Juli verschoben. Als Kind kann ich mich nicht erinnern, dass es an Silvester ein Feuerwerk gegeben hat. Das ist sicher mal das eine, was man sich fragen kann oder wenn man auf Tradition setzt. Was bedeutet das? Wie will man es haben nebst den Zeiten, von wann bis wann darf es knallen? Die Motion ist uns zu hart. Das muss man einfach diskutieren und etwas ausarbeiten. Der Besitz von Feuerwerk ist schon schlimm aber erst das Abfeuern? Am Schluss kommt man einfach darauf, dass es eigentlich ein Verkaufsverbot braucht, weil es sonst einfach ein Ausweichen auf andere Stationen gibt. So Plätze zum Abbrennen auf der Hexmatt oder Sandgruben z. B. finden wir dann auch wieder blöd, dann haben wir plötzlich wieder einen beschädigten Kunstrasen. Ein Verkaufsverbot für Pratteln das ist sicher nicht realistisch, ein Besitzverbot auch nicht, aber wenn man das auf kantonaler Ebene machen würde, könnte man vielleicht ein bisschen schneller sein als der Bund. Das wäre ein Aufruf an unsere Landräte. Bringt das auch bitte im Landrat ein und zwar recht zügig, so dass man im Baselbiet das Zeug nicht mehr kaufen kann und dann ist es für alle Gemeinden geregelt und wir haben nicht den ganzen Abfuhrtourismus. Was wir auch noch festgestellt haben: Es sind jugendliche Gruppen, die sich einen Spass daraus machen, die Polizei ein bisschen zu veräppeln mit dem Telefon oder eben in der Masse auftreten, damit sie ja nicht erwischt werden können. Wenn man etwas dagegen machen möchte, muss man sich gut überlegen, wie man das machen will und kann. Auch da spricht vieles wieder eher für ein generelles Verbot. Ich will dann nicht solche Szenen sehen, wie in Deutschland, wo die Ordnungskräfte angegriffen werden oder auf Krankenwagen geschossen wird. Ich habe übrigens auch schon beobachtet, dass von der Hexmatt auf die Trams geschossen wird. Auch das spricht wieder für härtere Massnahmen zum Durchgreifen. So haben wir einfach einmal zwei Varianten ausgearbeitet. Ich bin gerne bereit, diese auch einzubringen, wenn wir das als Postulat behandeln und dann auf eine Lösung kommen würden. Wir stimmen dem Postulat sicher zu.

Thomas Puppato: Die Argumente in dieser Motion sind eigentlich alle oder sicher primär, dass gegen das heutige Gesetz verstossen wird. Das erste grosse Argument ist, dass das Feuerwerk ausserhalb von den heute erlaubten Tagen, also nicht am 31. Juli, 1. August oder 31. Dezember, abgefeuert wird, sondern, dass mehrere Tage vorher oder auch danach Geknalle und Feuerwerke abgelassen werden, was verboten ist. Was würde ein Verbot ändern, weil es ja bereits heute verboten ist? Dann würde das an dieser Situation gar nichts ändern. Das zweite Argument geht um den Abfall und das Littering. Auch da besteht ein Verbot, das nicht durchgesetzt werden kann. Dem Abfallsünder wird nicht wirklich nachgegangen, weil es kaum möglich ist. Ein Gesetz

hilft da wahrscheinlich auch wenig. Ich würde vielleicht einen lustigen Vergleich machen. Man müsste mit dem gleichen Argument auch Grillieren verbieten. Die Metzgereien dürfen kein Grillfleisch mehr verkaufen und private Leute dürfen im Garten nicht grillieren. Wenn ich im Sommer in den Geisswald gehe, sehe ich dort immer einen Haufen Littering von Leuten, die dort Grillieren. Es wird einfach sehr schwierig, so etwas durchzusetzen mit einem anderen Verbot nebst dem, dass an 362 Tagen im Jahr das Abfackeln von Feuerwerk bereits verboten ist. Ich persönlich liebe Pyrotechnik. Wenn ich eine Umfrage mache bei meinen Freunden oder eine Seite aufschalte für pyrobegeisterte Leute und Kinder, bekomme ich wahrscheinlich auch eine hohe Prozentzahl von Leuten die sagen, dass sie eher befürworten würden. Bitte versteht mich nicht falsch. Ich verstehe die Leute, die es nicht schön finden, verstehe die Tierhalter, deren Tiere darunter leiden oder auch Leute darunter leiden. Aber eben darum gibt es heute schon Verbote und ich finde, wir müssen eher darüber reden wie wir sicherstellen können, dass diese Verbote von heute durchgesetzt werden können. Ich kann Feuerwerke ablassen ohne die Gesetze zu brechen und ohne, dass ich Abfall liegen lasse. Wenn er noch heiss ist, kann man noch bisschen warten und am nächsten Morgen das wieder wegräumen, was auf der Strasse gewesen ist. Ich persönlich bin dagegen, irgendetwas daran zu ändern, was wir heute haben. Von der SVP-Fraktion sind wir grossmehrheitlich dagegen und würden auch ein Postulat nicht unterstützen. Es wäre sicher sinnvoll, über die Wege zum Einhalten vom heutigen Gesetz zu reden, aber weiter würden wir hier nicht gehen.

Dominique Häring: Dass das Thema die Gemüter spaltet, ist mir klar gewesen. Das gängige Gesetz wird nicht geahndet. Das Tierschutzgesetz regelt ganz klar, man darf die Tiere nicht über mehrere Tage hinweg schädigen. Die Wildtiere sind aufgeschreckt, können nicht mehr schlafen und finden kein Futter mehr in dieser Zeit. Das geht mehrere Tage. Dieses Jahr am 27. Dezember ist mir der «Nuggi» rausgefallen, weil genau dann ist es losgegangen. Ich habe einen Böller in die Garage geschossen bekommen und mein Hund ist durchgedreht. Geht's noch! Ja, es ist ein gängiges Gesetz. Es ist ein gängiges Verbot und es wird nicht geahndet. Ich habe gesehen, wer es war, konnte die Person aber nicht in sein Haus verfolgen, weil das mehrere Stockwerke gewesen sind. Sonst hätte ich ihn nämlich an den Ohren genommen. Es ist ein gängiges Gesetz, das jetzt schon geregelt sein soll. Es tut mir leid, aber es ist eine Ausrede, dass man es nicht ahnden kann. Es gibt Patrouillen, die verstärkt laufen müssen. Wenn mir aber der Notdienst oder das Telefon des Bereitschaftsdienstes sagt, ja, wir haben ein Problem, aber keine Handhabung, weil wir keine Zeitangaben haben ab wann es gilt, dann heisst das, das Gesetz ist nicht scharf genug. Ja 362 Tage, an denen das Verbot gilt und es hält sich, sorry für den Ausdruck, «keine Sau» daran. Wir sind ganz viele Tierbesitzer. Müssen wir flüchten wegen ein paar Banausen, die nicht wissen, wie damit umgehen? Ich rede hier nicht über ein komplettes Verbot, sondern es geht darum, das ganze Thema an einen Ort zu verlagern, welcher nicht im Wohngebiet ist. Ich bekomme täglich Mails von Anwohnern, deren Autos kaputt sind, weil ein Feuerwerk darauf gelandet ist, der Dorfbrunnen verdreckt ist, weil man das Ding einfach hinein spedit hat. Wenn ihr die Bilder sehen würdet, würdet ihr euch schämen, dass das nicht geahndet wird, weil man das nachverfolgen kann. Genau aus dem Grund habe ich das angestossen. Genau aus dem Grund gibt es über 300 Leute, die das unterstützen und das sind Bürger, die euch gewählt haben. Jetzt einfach zu sagen, es gibt ja schon ein Gesetz aber es wird nicht geahndet, ist eine Ausrede und das kann es nicht sein. Ja, es muss schärfer sein, ja, es muss geregelt sein. Ich lasse mit mir reden über den Ordnungsbussenkatalog und ich verstehe, dass man dann Einsprachen macht, aber das ist die Gesellschaft, die einfach gegen alles motzt, obwohl sie den Vogel abgeschossen haben. Hier geht es darum, Feuerwerk abzuschliessen. Es geht nicht um ein Verkaufsverbot, weil man das nicht verbieten kann. Es ist eine freie Marktwirtschaft. Die Bieler haben dazu ein Zeichen gesetzt, weil sie den Standort für den Verkauf gekündigt haben. Sie wollen den Verkauf von Feuerwerk nicht mehr auf ihrem Grund. Also, setzt ein Zeichen. Wir müssen entsprechend arbeiten und die Anfrage wegen der Gemeindepolizei kommt nicht von ungefähr. Genau dort sind Prioritäten zu setzen. Wir haben 362 Tage im Jahr, an welchem das Verbot gilt und es gibt Tage, die nicht klar sind, ab wann etwas passieren darf. Genau für das braucht es eine Einschränkung und Privatpersonen einfach mal an den Ohren nimmt und sagt sorry, du weisst nicht wie damit umgehen aber wir können es zeigen. Deswegen bin ich bereit, die Motion in ein Postulat umzuwandeln. Aber ich will nicht einfach eine Antwort, die mit Ausreden kommt. Dann muss man halt aufstocken und in dieser Zeit Leute hinkriegen, die die Patrouillen, Kontrollen und Bussen machen können.

Thomas Puppato: Wenn ich dich richtig verstanden habe, hast du vorhin gesagt, du würdest es nicht wollen, dass es viel restriktiver ist als sonst oder nicht gänzlich verbieten. Aber ich habe verstanden, Privatpersonen sollen keine Möglichkeit für Ausnahmen mehr bekommen und das ist für mich ein gänzlich Verbot für etwas, das bis jetzt eben bereits schon verboten ist, ausser an diesen zweieinhalb Tagen und da kann man sich daranhalten. Aber es nimmt mich Wunder, wie man das ändern würde. Wenn ich es richtig verstanden habe, ist es ein Totalverbot für Privatpersonen.

Mauro Pavan: Um mich meinem Vorredner Thomas Puppato anzuschliessen, mir geht es auch so. Persönlich finde ich Feuerwerk «geil». Das sollte es geben. Ich mag Pyrotechnik und gerne kann es die Gemeinde organisieren und ein Feuerwerk machen zum 1. August. Von mir aus auch zu Silvester, so ähnlich wie man das in Basel auch hat. Wenn man das bewilligungspflichtig machen möchte, was ich sehr sinnvoll fände, dann würde ich das gerne auch so ausgeweitet haben, dass es die Möglichkeit für eine Bewilligung auch für Privatpersonen gibt und nicht nur für Organisationen und Vereine. Ich sehe nicht ein, warum man quasi pseudomässig ein Verein gründen müsste «Feuerwerk-Freunde Pratteln», um eine Bewilligung einzuholen. Das dürfen von mir aus auch Privatperson machen, die gerne das 1. August Feuerwerk für Pratteln sponsorn möchten. Es wäre sinnvoll, wenn du das jetzt in ein Postulat umwandeln würdest, dann können wir die Diskussion abkürzen. Das wird wahrscheinlich eine Mehrheit finden und überwiesen werden und dann soll der Gemeinderat mit einem vernünftigen Vorschlag kommen, was für Anpassungen man machen könnte, um die bestehenden Gesetze durchzusetzen und dem Tierschutz und allen Gemütern Rechnung zu tragen, ohne dass man ein komplettes Verbot macht.

Didier Pfrirter: Ich schliesse mich Mauro Pavan an. Ich glaube, dass eine Motion keine Chance hätte. Dann wäre das Anliegen einfach abgelehnt und verabschiedet im Traktandum. Ich würde das sehr bedauern. Im Interesse deines Anliegens, möchte ich dich auch auffordern, das in ein Postulat umzuwandeln.

Patrick Weisskopf: Auch wir unterstützen, wenn es in Richtung Postulat geht. Wir haben eine Variante, die wir einbringen können beim Durchsetzen der Massnahme. Eigentlich haben wir heute schon die Handhabung an diesen 362 Tage, wo man etwas machen kann. Die Schwierigkeit ist eben, die Leute zu erwischen. Ein Denunziantentum oder so eine geheime Staatspolizei, die das melden, werden wir vermutlich nicht hinkriegen, ist auch nicht der Wunsch. Aber den Bussenkatalog könnte man relativ einfach anpassen, indem man sagt «*Abbrennen von Knallkörper und Feuerwerk ausserhalb der offiziell erlaubten Zeiten*» mit einer Busse dann zu belegen. Es würde dann auch nicht unbedingt gerade alle Bussen hinaufschrauben. Man kann dann die Missachtung von der behördlichen Anordnungen bei Trockenheit auch noch einbringen. Die Frage ist dann auch, ist das Steigenlassen von Himmelslaternen nicht auch schon eine Art von Verschmutzung, weil die unkontrolliert hin und her fliegt und könnte im Sommer dann auch ein Feuer verursachen. Das wäre auch so ein Punkt zum Diskutieren. Dann gäbe es die Möglichkeit zur Zeiteinschränkung oder auch Einschränkung der Feuer- und Knallkörper. Was sicher erlaubt sein soll, sind lautlose Tischfeuerwerke, Wunderkerzen, bengalische Zündhölzer, römische Lichter, Vulkanfackeln und Feuershows. Das würde den privaten Bereich recht gut abdecken. Man hätte doch eine Freude und es ist kinderfreundlich. Die anderen Regeln, ob man jetzt da irgendwo zentral dann an einem Tag eine Knallerei haben will oder ein offizielles Feuerwerk an einem offiziellen Fest mit professionellem Feuerwerker, das ist dann sicher etwas, was mit Bewilligungen eigentlich möglich wäre. Das haben wir ja heute schon drin. Man kommt sicher auf eine gute Lösung. Durchsetzen kann man schon recht schnell, wenn man sich überlegt, wie man es machen kann. Bussen kann man auch schon verteilen. Die Frage ist dann halt die Höhe, aber das ist eine Frage von Aufwand und Ertrag.

Dominique Häring: In Therwil ist an der Gemeindeversammlung ein gesamtes Verbot durchgekommen. Ich wäre bereit, die Motion in ein Postulat umzuwandeln. Das würde ich jetzt machen und dann hoffe ich, dass die zugesagte Unterstützung auch kommt.

Andreas Seiler: Wir behandeln das Geschäft jetzt als Postulat weiter. Es gibt aber noch Wortmeldungen, die noch offen sind.

Josef Bachmann: Habt ihr auch daran gedacht, dass wir in sechs oder sieben Wochen den Banntag haben. Wollt ihr den dann auch verbieten? Das knallt auch. Überlegt euch das mit den Verboten einfach.

Andreas Seiler: Es ist ein Ordnungsantrag vom Mauro Pavan gekommen, die Rednerliste zu schliessen. Der einzige, der jetzt noch darauf ist, wäre Dieter Stohler, er könnte dann noch reden. Das heisst, man müsste jetzt über die Schliessung der Rednerliste abstimmen. Ist jemand gegen das Schliessen der Rednerliste? Es hebt niemand die gelbe Karte auf. Somit ist die Rednerliste geschlossen.

Dieter Stohler: Danke Dominique Häring für die Umwandlung, damit ist unter anderem meine Zustimmung natürlich gesichert. Interessanterweise wurde ein Argument gar nicht genannt heute Abend. Ich bin nicht Ehrenmitglied bei den Grünen, aber die Feinstaubbelastung, die ein Feuerwerk verursacht, ist heute Abend offenbar kein Thema gewesen, sondern das Tier, der Lärm und die Gefährdung der Personen. Ich habe in einer Studie gelesen, dass die Feinstaubbelastung in Deutschland durch das Feuerwerk etwa gleichviel verursacht wie zwei Monate Autoverkehr in ganz Deutschland. Das ist gewaltig, was wir hier in die Luft hinauf jagen und darum einfach, dass dieses Argument auch irgendwo deponiert ist in dieser Einwohnerratsdebatte. Danke für die Kenntnisnahme.

Der Rat beschliesst mit 28 Ja- zu 8 Nein-Stimmen:

://: Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen.

10. Nr. 3476

Postulat, Fraktion der Unabhängigen und Grünen, Bernhard Zwahlen, «Buslinien in und für Pratteln, Bedarfsabklärung»

GR Petra Ramseier: Der Gemeinderat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um vielleicht schnell aufzuzeigen, was die Gemeinde in Bezug auf einen Ortsbus bisher unternommen hat. Das ist jetzt doch schon eine längere Geschichte, wo wir dran sind. Im Sommer ist der Vernehmlassungsentwurf für den 10. generellen Leistungsauftrag der GLA gekommen. Wir haben dort erfahren, dass der Kanton, seine Beiträge am Bus 82 zu streichen plant. Ende September ist Eingabefrist gewesen von der Mitwirkung, indem die Gemeinde Stellung genommen und verlangt hat, dass die Beiträge wiederaufgenommen werden. Im November haben wir dann erfahren, dass der Regierungsrat nicht darauf eingegangen ist. Wir haben im November und im Januar Besprechungen gehabt mit den kantonalen ÖV-Planern. Wir haben dann aber jetzt Ende Februar auch die Landräte und Landrätinnen in unserem Wahlkreis über unsere Haltung informiert. Auf der Basis dieser Information haben wir dann anfangs März eine Dokumentation an die Bau- und Planungskommission des Landrats geschickt, weil die Bau- und Planungskommission im Moment der 10. GLA berät. Wir wissen jetzt noch nicht, was rauskommt. Wir hoffen natürlich stark, dass wir so überzeugend gewesen sind und die Bau- und Planungskommission beschliesst, dass der 82er Bus wichtig ist und weiter unterstützt wird vom Kanton. Falls das nicht der Fall ist, müsste man dann direkt in den Landrat gehen, Lobbying machen und schauen, dass vielleicht der Landrat noch den Kanton überzeugt. Das wird voraussichtlich im Mai der Fall sein. Mit den Fragen von Bernhard Zwahlen sind wir jetzt sehr stark beschäftigt und darum können wir sie auch gerne entgegennehmen und dann beantworten.

Bernhard Zwahlen: Warum das Postulat? Es ist nicht einfach nur, dass es jetzt den Ortsbus nicht mehr geben sollte, weswegen da ein Postulat gestellt wird, sondern es gibt generelle Sachen am ÖV-Busverkehr vor allem in Pratteln, die mich stören. Ich sehe sehr häufig leere Buslinien z. B. der 83er zwischen neu Längi-Stundenglas und Kaiseraugst ist immer leer und er fährt und er könnte im gleichen Rhythmus weiterfahren, wenn er statt von der Längi nach

Kaiseraugst von der Längi in Gehrenacker oder Rankacker irgendwie dort hinfahren und eine Runde durch das ganze Dorf kehren würde. Ich kann das schon mehrmals eingegeben beim Kanton und der Kanton sagt, die Gemeinde Pratteln hat keinen Bedarf und wegen dem kommen so Fragen von mir. Ich will, dass man den ganzen Bedarf abklärt unabhängig was mit dem Ortsbus passiert und auf Grundlage von dem vielleicht wenn man die anderen Buslinien schlaue führt, braucht es keinen Ortsbus mehr z. B. die Buslinie 80 die könnte man einfach anstatt von Pratteln-Bahnhof zu der Saline herunterfahren lassen durch Pratteln durch das Dorf durchziehen und dann bei Muttenz durch die Rothausstrasse runter, dann hätte man nämlich den Dorfbus gespart und man hätte eine Superverbindung sogar direkt aus dem Dorfkern nach Basel. Also es gibt verschiedene Optionen, die zu prüfen sind und wegen dem möchte ich Informationen haben, weil wenn ich das nächste Mal wieder dem Kanton schreibe und es heisst, die Gemeinde hat keinen Bedarf, dann will ich mindestens gewusst haben, dass die Gemeinde keinen Bedarf hat.

Dieter Stohler: Das ist schon gut und ich möchte den Überlegungen des Postulanten auch nicht zu nahe treten. Es ist wichtig, dass man das Ganze weiterentwickelt. Trotzdem, wir sind einstimmig gegen die Überweisung des Postulates. Warum? Der Postulant hat es eigentlich gerade gesagt, dass es nicht um den 82er, sondern generell um den ganzen ÖV, die ganze Bedarfsabklärung geht. Wenn das das Ziel ist, dann muss ich dazu sagen, dass diese Überlegungen in den letzten drei Jahren mit intensivem Einbezug der Bevölkerung von Pratteln gemacht wurden. Wir haben ein 180-seitiges Räumliches Entwicklungskonzept, in welchem auf vier ganzen Seiten eine Teilstrategie des öffentlichen Verkehrs angegeben ist, also ziemlich genau drinsteht, welche Buslinien eigentlich welche Funktionen haben in diesem Dorf. Und jetzt stellt man das Ganze wieder in Frage, also ist die ganze REK-Arbeit völlig für die Katze. Das ist für mich die Frage und insofern würde ich den Postulanten ermuntern, seine Fragen präzise zu stellen und sagen, der Bus soll halt irgendwo anders fahren. Das soll man dann mit einem Vorstoss prüfen, aber nicht einfach generell alles neu abholen. Wenn man sich das auf der Zunge zergehen lässt, wenn da steht: *«Die Busse sollen die Bevölkerung - insbesondere mobilitätseingeschränkte Personen - aus den Quartieren in das Ortszentrum, aber auch ohne Wartezeiten und Umsteigen auf kurzen Wegen in andere Gemeindegebiete, Quartiere, zu Einkaufsmöglichkeiten und Naherholungsgebieten bringen.»* Dieser Wunschkatalog ist ja einfach zu fantastisch und dass nicht auch ein 3-Minutentakt vorgegeben ist, ist für mich eine Überraschung. Keine Überraschung ist hingegen, dass kein Wort steht, dass man vielleicht auch noch die finanzielle Machbarkeit in die Abklärungen einbeziehen sollte. Also für uns bringt das Postulat keinen Mehrwert. Der 82er ist generell in Prüfung, da wird hinter den Kulissen ganz intensiv gearbeitet und für den Rest haben wir die Arbeit gemacht im REK. Darum bitte ich sie, das nicht zu überweisen.

Bernhard Zwahlen: Ich muss leider widersprechen. Es steht schon im REK, was möglich ist und was man sich wünscht. Das Problem ist, die Gemeinde Pratteln muss dies dem Kanton mitteilen. Man muss mit dem Kanton an den Tisch sitzen und schauen, wie man die Buslinien besser führen kann. Der Kanton will den Ortsbus nicht mehr bezahlen. Auch wenn er im REK steht, zahlt das der Kanton nicht. Also plädiert Dieter Stohler jetzt gerade persönlich dafür, dass die Gemeinde Pratteln den Ortsbus bezahlt, weil es so im REK die Idee ist. Man kann aber auch probieren, die vom Kanton bezahlten Linien so zu legen, dass es für die Gemeinde Pratteln und für die Bevölkerung optimal ist. Der Gemeinderat muss dazu mit dem Kanton Gespräche führen. Dann soll er hier berichten, was er jetzt ausgehandelt hat, wie er es ausgehandelt hat und auf was für einer Grundlage. Dann können sie von mir aus schreiben, es ist im REK. Sie können auch sagen, sie haben eine neue Überprüfung gemacht oder sie haben eine Überprüfung vom Kanton beigezogen. Dann weiss ich, wenn ich den Leistungsauftrag anschau, wo die Gemeinde was verhandelt hat. Das weiss ich alles nicht und deswegen schreibe ich blind meine Beschwerde an den Kanton, wo es ja extra ein Tool dafür gibt und bekomme die Antwort, die Gemeinde Pratteln hat es nicht bestellt. Das will ich ändern und darum möchte ich, dass das Postulat überwiesen wird.

Didier Pfirter: Das Anliegen, welches Bernhard Zwahlen jetzt hier vertritt, finde ich zumindest prüfenswert und interessant, vor allem falls der Ortsbus nicht mehr bezahlt werden sollte. Aber das steht einfach nicht in deinem Postulat. Persönlich kann ich jetzt diesem Postulat nicht zustimmen, weil du jetzt quasi etwas anderes sagst, als in diesem Postulat steht. Aber ich möchte

dich ermutigen, falls das nicht überwiesen wird, dann ein neues Postulat in diesem Sinn einzureichen. Die Gemeinde sollte einmal anschauen, ob man den Ortsbus durch die kantonalen Linien ersetzen könnte. Das wäre meines Erachtens sinnvoll. Der Ortsbus hat ja schon vorher immer fast das Gnadenbrot gegessen, die Selbsttragung war immer ganz knapp noch gegeben.

Urs Schneider: Bernhard Zwahlen, ich kann dich beruhigen, dieses Postulat wird überwiesen. Es macht Sinn, dass man diese Bedarfsabklärung macht, auch im Zusammenhang mit der möglichen Streichung des 82er. Darum Postulat prüfen und berichten.

Der Rat beschliesst mit 29 Ja- zu 4 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen (1 nicht abgestimmt):

://: Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen.

Die Sitzung wird um 21.42 Uhr beendet.

Pratteln, 08. Mai 2025

Für die Richtigkeit

EINWOHNERRAT PRATTELN

Der Präsident

Das Einwohnerratssekretariat

Andreas Seiler

Nurhan Tasdelen